



Arbeit und Soziales in Stadt und Landkreis

Nr. 2 - November 2017



Aufweichung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes

Die Landesregierung versucht durch die Hintertür das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz in einem Anhängsel-Artikel des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes zu entwerfen. Dies stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Boris Weihrauch in der ersten Beratung zum Landesnaturschutzgesetz fest. Versteckt zwischen den Änderungen von Behördennamen im Naturschutzbereich oder neuer Regelungen zu Elektrofahrrädern wird in einem kleinen Zusatzartikel versucht das bisherige Landestariftreuegesetz zu beseitigen. Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz aus dem Jahr 2013 regelt, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Lohnuntergrenze von € 8,50 gilt, unter der Auftragnehmer der öffentlichen Hand ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht bezahlen dürfen. Mit der Einführung des bundesweiten Mindestlohns auf Druck der SPD wurde diese Lohnuntergrenze zwischenzeitlich überholt. Die Landesregierung will nun die Lohnuntergrenze im Landestariftreuegesetz dauerhaft und automatisch an den bundesweiten Mindestlohn koppeln. Damit würde im gleichen Zuge die Landeskommission, die die Lohnuntergrenze auch höher ansetzen könnte, abgeschafft. Dieses intransparente und möglichst geheime Vorgehen lehnt die SPD-Fraktion nachhaltig ab. Darüber hinaus zeigt sich mit diesem Vorgehen wie die Regierung versucht unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei Bauvorhaben zu beseitigen.

Was meint...Industrie 4.0

Der Begriff Industrie 4.0, der mittlerweile häufig in der Öffentlichkeit diskutiert wird, geht auf die High-Tech-Strategie der Bundesregierung zurück und ist seit 2011 im Umlauf. Mittlerweile hat er sich allerdings von der Politik der Regierung gelöst und dient allgemein zur Beschreibung der Veränderungen in der Wirtschaft, die mit einer zunehmenden Vernetzung einhergehen. Der Begriff selbst bezieht sich auf die Idee einer vierten industriellen Revolution, nach Dampfkraft, Massenfertigung und Digitalisierung der Industrie. Die Produktion soll dabei mit Hilfe von Informationstechnologie verzahnt werden. Menschen, Maschinen und Produkte sollen selbstständig miteinander kommunizieren können und so den gesamten Produktionsablauf revolutionieren. Eine zunehmende intelligente Automatisierung soll alle Phasen der Produktion umfassen und die Menschen nachhaltig bei der Arbeit in immer komplexeren Zusammenhängen unterstützen - Produktion und IT-Technologie verschmelzen zu neuen Produkten und Arbeitsweisen. Die Vorteile hierbei sind zunehmende Produktionsgeschwindigkeit, Individualisierung der Produkte oder auch ein höherer Grad der Automatisierung.

Termine in der Region

10.11.2017

Besuch des Paul-Distelbarth-Gymnasiums mit Reinhold Gall

Wo?: Obersulm

10.11.2017

Verleihung Otto-Kirchheimer-Preis mit Rainer Hinderer

Wo?: Rathaus Heilbronn

17.11.2017

Bundesweiter Vorlesetag mit Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wo?: Heilbronn, Lehrensteinsfeld, Leingarten

23.11.2017

Besuch des Albert-Schweitzer-Gymnasiums mit Reinhold Gall

Wo?: Neckarsulm

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de
info@rainer-hinderer.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

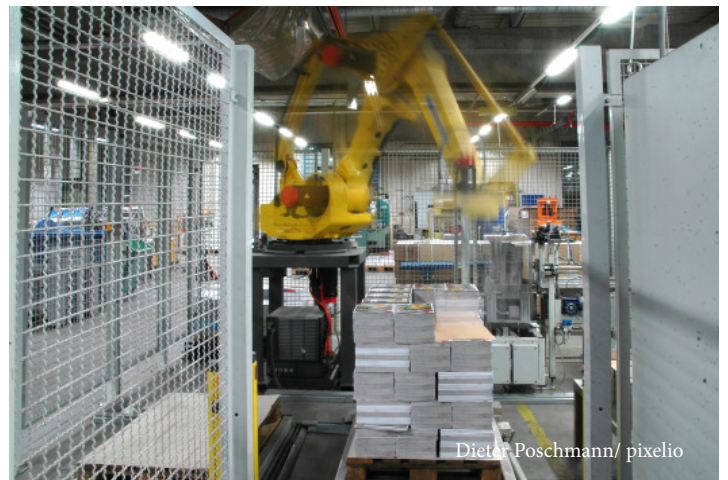
Zukunft der Arbeit

In einem Positionspapier zur „Zukunft der Arbeit“ hat die SPD-Fraktion ihre Vorstellungen von einer Landespolitik dargelegt, die auf die Herausforderungen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt nicht nur reagiert, sondern die Zukunft aktiv bestimmt. Im Zuge von zunehmender Digitalisierung und erheblichen Umbrüchen in der Industrie, man denke nur an die Herausforderungen in der Automobilbranche, muss die Politik den Arbeitnehmern und der Wirtschaft neue Angebote machen.



Die Digitalisierung darf nicht genutzt werden um Arbeitnehmerrechte zu beschneiden. Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Trennung von Arbeit und Freizeit dürfen nicht auf der Strecke bleiben, sondern müssen auch in Zukunft verteidigt werden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes muss um den Faktor Selbstbestimmung der Arbeitnehmer ergänzt werden. Die Herausforderungen der Digitalisierung in den Unternehmen muss von der Politik ebenso ernst genommen werden. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen brauchen Hilfe um sich

auf die neue Wirtschaftswelt einzustellen. Die Landespolitik kann diese Entwicklung durch verschiedene Maßnahmen fördern und unterstützen: Die Arbeitsplätze im Land lassen sich nur durch verstärkte Weiterbildung erhalten. Der von der SPD geforderte Weiterbildungsfonds ist hierfür eine wichtige Säule. Das Arbeitszeitgesetz muss an die neuen Bedingungen angepasst werden, um die Schutzrechte der Arbeitnehmer zu erhalten, ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit gehört ebenfalls dazu. Die Unternehmen brauchen Ansprechpartner vor Ort, die sie bei der Digitalisierung unterstützen und die Forschung muss nachhaltig ausgebaut werden. Die finanzielle Unterstützung der Gründerszene muss ausgebaut werden und die Zusammenarbeit von Industrie und start-ups



verbessert werden. Nicht zuletzt bedarf es intensiver Infrastrukturförderung um die Unternehmen im Land zu halten und neue Entwicklungen wie die Elektromobilität zu unterstützen. Das was der aktuellen Landesregierung fehlt, ist eine Idee und eine Strategie, wie die Zukunft der Arbeitswelt gestaltet werden soll. Nur so lässt sich die erfolgreiche Zukunft der baden-württembergischen Wirtschaft sichern und ihre Position weiter ausbauen.

Aktuelles

Frühzeitige Beteiligung der Mitarbeiter und Weiterbildung Dreh- und Angelpunkt für zukunftsfeste Standorte in der Automobilindustrie. Die SPD-Landtagsfraktion sieht sich durch eine Umfrage der IG Metall bestätigt, dass die Transformation der Automobilindustrie nur unter Einbeziehung der Beschäftigten gelingen kann. „Zentral ist die frühzeitige Beteiligung der Mitarbeiter und das Bewusstsein der Unternehmer, dass Weiterqualifizierung der Dreh- und Angelpunkt ist, wenn wir unsere Standorte zukunftsfest machen wollen“, so der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion das Engagement der IG Metall zur Zukunft der Automobilindustrie ausdrücklich. ++++ **Die SPD-Landtagsfraktion bekräftigt ihre Forderung nach einem längst überfälligen Einwanderungsgesetz auf Bundesebene.** In der Hochphase der Flüchtlingskrise haben zahlreiche Unternehmen viel Kraft und Geld in die Ausbildung von geflüchteten investiert. Es zeichnet sich nun jedoch ab, dass die Ausgebildeten teilweise von Abschiebung bedroht sind. Daher wäre es zu begrüßen, wenn die Möglichkeit zum Übertritt aus einem Asylverfahren in einen langfristigen Aufenthaltstitel auch durch die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ermöglicht werden kann. So könnte den Unternehmen Planungssicherheit und den Arbeitnehmern eine Perspektive gegeben werden.